57. Jahrgang. № 97.

Mittwoch, 9. April 1913.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durchauswärtige Kommissionäre bis 2,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 5,45 Kr., Schweiz 5,65 Frks., Italien 7,17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werd. nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 30 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispalt. Reklamezeile 1,50 M., Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 25 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Gegründet 1862. J. A. Bruno König **Brautmöbel** Dresden-N., Kamenzer Strasse 27 :: :: Dresden-A., Amalienplatz und Ringstrasse. Illustr. Katalog bitte verlangen.

Reizende Neuheit! Amateur-Photographie! **Kleine Apparate** ≋ **Große Bilder** Bitte verlangen Sie Spezial-Broschüre. **Oskar Bohr,** neben Café König.

KIOS Cigaretten Kleine Kios St. 2½ Pf. Kurprinz „ 3 „ Fürsten „ 4 „ Welt-Macht „ 5 „ Auto-Klub „ 6 „

Galerie E. Arnold Schloss-Strasse 34. **Paul Baum.**

Friedr. Greiff & Sohn Georgplatz 9, gegenüber der Kreuzschule **Tuchhandlung** Grosses Lager in besten deutschen und englischen Qualitäten für Anzüge, Paletots und Hosen in allen modernen Farben. Erprobte Qualitäten in blauen Kinder-Cheviots. Damen-Kostümstoffe.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Wechselnde Bewölkung, kühl (Nachtfrost), kein erheblicher Niederschlag.

Seine Majestät der König nahm gestern an dem anläßlich der 25-Jahrfeier der 7. Kompagnie der Königsgrenadiere auf dem Waldschlößchen veranstalteten Kameradenabend teil.

Das Herzogspaar von Cumberland ist mit der Prinzessin Olga gestern vormittag aus Gmunden über Nürnberg und Frankfurt a. M. nach Homburg v. d. H. abgereist.

Die Bundesfürsten und die regierenden Bürgermeister der Freien Städte werden dem Kaiser ein Jubiläumsgeschenk überreichen.

Der Reichstag fuhr gestern in der Beratung der Wehrvorlage fort, wobei der preußische Kriegsminister v. Heeringen abermals Gelegenheit zu längeren Ausführungen nahm.

Die Budgetkommission des Reichstages begann gestern die Beratung des Militäretats.

Der französische Kriegsminister verwahrte sich in einem Vergleich zwischen der französischen und der deutschen Militärvorlage gegen den Vorwurf des Chauvinismus.

Serbien und Montenegro sind im Prinzip zum Friedensschluß geneigt, doch erst nach dem Falle von Skutari.

Zwischen Griechenland und Italien sind ernste Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen.

Simon Copper, der alte Widersacher der deutschen Herrschaft in Südwestafrika, ist im Betschuanaland gestorben.

Die Stellung der Parteien zur Wehrvorlage.

Die fein durchdachte und glänzend ausgearbeitete Rede des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg zur Wehrvorlage fand einen lebhaften Beifall in der nachfolgenden Debatte desselben und des folgenden Tages. Der Kanzler hatte den Ton angegeben, die Parteiredner fielen ein. Immerhin blieb der Eindruck der Kanzlerrede vorherrschend, und keine der nachfolgenden parteipolitischen Reden konnte die Wirkung des ministeriellen Exposés abschwächen. Die Darlegungen des konservativen und nationalliberalen und auch des Zentrumsredners trugen ein warmes, nationales Gepräge; aber im übrigen hielt sich die Debatte nicht immer auf der Höhe, wie man das, namentlich im Hinblick auf das Ausland, von deutschen Volksvertretern erwarten mußte.

Daß der sozialdemokratische Redner das gröbste Geschütz gegen die Militärvorlage auffahren würde, war zu erwarten. Selbst große historische Momente sind noch immer spurlos an der Sozialdemokratie vorübergegangen, und keine Gründe der Vernunft und der Logik haben jemals die Herren von der roten Observanz von der Unhaltbarkeit ihres Standpunktes überzeugt. Wie kann es auch anders sein bei einer Partei, die nur von Schlagworten und nur von der Verhetzung lebt. So ist denn auch diesmal des Reichskanzlers groß angelegte und scharf begründete Rede an dem sozialdemokratischen Redner spurlos vorübergegangen. Herr Haase aus Königsberg konnte natürlich nichts Außergewöhnliches an der internationalen Situation und an der Rede des Reichskanzlers entdecken. Für ihn sind alles Redewendungen, für ihn ist die Verstärkung der Rüstung eine verzweifelt unnütze Sache. Gründe der auswärtigen Politik existieren offenbar für einen unentwegten Sozialdemokraten nicht. Er sieht alles im rosigsten Lichte. Der internationale Himmel hängt ihm voller Geigen und die Entspannung der internationalen Lage scheint ihm eine ausgemachte Sache. Und weshalb? Nur weil England uns zurzeit freundlich lächelt. Rußland ist nach sozialdemokratischer Auffassung ohnmächtig, weil angebliche revolutionäre Gefahren im Innern den Ausbruch eines Krieges verhindern. An der Kriegshetze und den fanatischen deutsch-feindlichen Regungen der Panslawisten geht dieser eingefleischte Friedensapostel spurlos vorüber. Die Gedankengänge des Kanzlers über einen möglichen Zusammenstoß und Waffengang zwischen dem Germanentum und dem Slawentum erscheinen ihm als „phantastische Vorstellungen". Oesterreich-Ungarn ist natürlich der Friedensstörer, wiewohl die Langmut, Vorsicht und Reserve des österreichischen Kaiserstaates in dem Balkankonflikt geradezu sprichwörtlich geworden sind und teilweise sehr lebhafte Kritik im eigenen Lande herausgefordert haben. Alle solche Tatsachen existieren für den ehrenwerten Haase nicht. Ein richtiger Sozialdemokrat macht sich die Welt, die Politik und die Lage nicht nach den gegebenen Realitäten, sondern nach seiner Auffassung und proletarischen Weltanschauung zurecht und gerät dabei so ziemlich mit allen positiven Faktoren in Widerspruch. Die Auffassung aller pseudodeutschen und deutschfeindlichen Organe, daß Frankreich erst durch die deutsche Vorlage zur Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit gedrängt worden sei, ist für ihn Evangelium, wiewohl unzweideutig festgestellt ist, daß Frankreich mehrere Monate, bevor in Deutschland von einer Heeresverstärkung überhaupt die Rede war, den Ausbau seiner Landesverteidigung in Angriff nahm und gesetzgeberisch begründete. In doktrinärer Verranntheit und Weltfremdheit befürworten diese Herren nach wie vor eine „Verständigung mit Frankreich", als ob die Geschichte der letzten 25 Jahre deutsch-französischer Beziehungen für sie überhaupt nicht existierte, als ob die Unfruchtbarkeit aller im besten Glauben von deutscher Seite unternommenen Versöhnungsversuche nicht klar auf der Hand läge, und die Geschichte des Marokko-Konfliktes nicht ein bündiger Gegenbeweis wäre. Ueber die Verdächtigungen des roten Parteimannes, daß der Reichskanzler und der preußische Kriegsminister nur den „Treibereien" des Wehrvereins nachgegeben hätten, kann man wohl zur Tagesordnung übergehen. Das Pflichtgefühl und der Geist der Verantwortung sind in unseren leitenden Männern denn doch zu groß, als daß sie durch derartige Insinuationen getroffen werden könnten, ganz abgesehen davon, daß der Wehrverein nur aufklärende, aber keine verhetzende Tätigkeit geleistet hat.

Der Redner des Zentrums, der Abgeordnete Spahn, äußert im Gegensatz zum Vorredner seine prinzipielle Zustimmung zur Wehrvorlage. Er verlangt mehr Aufklärung und genauere Begründung, die in der Kommission in vertraulicher Weise auch zweifellos gegeben werden dürfte. Das Zentrum verschließt sich erfreulicherweise nicht dem Ernst der Lage, es sieht die Lage eher noch um ein Atom schwärzer an als der Reichskanzler, aber es verschließt sich trotz aller Bedenken im einzelnen nicht der Notwendigkeit, die großen Opfer zu bewilligen. Warme nationale Töne schlagen dann der Redner der Reichspartei, v. Liebert, und der Sprecher der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Abgeordnete Behrens, an. v. Liebert polemisierte geschickt gegen die Sozialdemokratie und die Bestrebungen, unser Offizierkorps durch Einstellung jüdischer Offiziere zu verschlechtern und zu schwächen. Seine Kennzeichnung der Wehrvorlage als einer „großen, ernsten Tat" war das Beste, was am ersten Tage in der Debatte geprägt wurde.

Die Nationalliberalen haben ihren besten Redner und Parteiführer Bassermann vorgeschickt. Wer die früheren Reden Bassermanns zur auswärtigen Lage kennt, wer sich seiner Ausführungen aus der Zeit der Block-Aera erinnert, wird auch dieses Mal Großes von ihm erwartet haben. Aber der Vorkämpfer des nationalen Gedankens war am Dienstag nicht der schwungvolle, hinreißende Redner aus besseren Tagen, nicht der glühende Patriot, dessen Worten sonst seine Parteigenossen nicht nur, sondern die Mehrheit des Hauses gespannt lauschte. Der nationalliberale Parteiführer blieb uns den patriotischen Akzent schuldig; er war nicht in derjenigen patriotischen Hochstimmung, die aus begeistertem Herzen kommt und fortreißend wirkt. Er begnügte sich damit, rein sachlich die Beziehungen Deutschlands zu den anderen Mächten zu erörtern, und erhob die schwerwiegende und reichlich skeptisch klingende Frage, ob tatsächlich die internationale Lage sich so verschlechtert habe, daß es notwendig sei, den letzten Mann einzustellen. Auf Grund eingehender Beobachtung der internationalen Lage kam er zu dem Resultat, daß dem in der Tat so ist. Auch er erwähnte, wie der Reichskanzler, die Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen, die durch den Balkankrieg und den Zusammenbruch der Türkei hervorgerufenen Stärkeverschiebungen; er streifte dann die Zukunft Konstantinopels und die Bedeutung der kleinasiatischen Frage, begrüßte die Erneuerung des Dreibundes, stellte die Friedensliebe der russischen Minister und die Kriegshetze der Panslawisten einander gegenüber und beleuchtete die von der Deutschenhetze in Frankreich und den drohenden Gefahren. Bassermann sieht infolge des wachsenden Expansionsdranges aller Völker überall neue Reibungsmöglichkeiten entstehen und erklärt dadurch die Notwendigkeit der Rüstungen. Er ist gerecht genug, dem sozialdemokratischen Redner gegenüber anzuerkennen, daß Oesterreich-Ungarn keine Prestige-Politik während des Balkan-Konflikts getrieben habe. Weniger erfreulich klingt in diesem Augenblick seine an die Heeresverwaltung gerichtete Aufforderung, eine Reform des Militärstrafrechts in Angriff zu nehmen und der angeblichen Bevorzugung des Adels und der Rücksichtnahme auf das christliche Bekenntnis im Heere entgegenzuwirken. Das sind Entgleisungen, die besser unterblieben wären. Das am Schlusse seiner Ausführungen ausgesprochene Bekenntnis, die Nationalliberalen betrachteten die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht als ein nationales Gebot, als eine Pflicht der Selbsterhaltung, soll ihm unvergessen bleiben. Es beweist, daß die Nationalliberalen da, wo es sich um gesamtvaterländische Interessen handelt, noch immer die Avantgarde des nationalen Gedankens sind.

Auf die Höhen großzügiger Betrachtung hob am zweiten Verhandlungstage erst der Redner der Konservativen, Graf Kanitz, die Debatte, in vaterländischem Gedankengang, mitunter scharf ausfallend gegen die Parteien der Linken, aber immer vornehm und sachlich. Er feierte die Wehrvorlage als ein Friedenswerk allerersten Ranges und sprach dem Reichskanzler namens seiner Parteifreunde Dank und Anerkennung aus. Dem Reichskanzler wurde von dieser Seite uneingeschränkte Anerkennung zuteil. Dieses Vertrauensvotum mag dem leitenden Staatsmanne eine Entschädigung sein für die sauren Wochen der Arbeit, die ihm die Vorbereitung der gesetzgeberischen Aktion eingebracht hat. Der Starke allein kann sich den Frieden erhalten. Das haben wir in hundertjähriger Geschichte erfahren. Daher darf die Opferwilligkeit im Jubiläumsjahr 1913 nicht geringer sein als in dem großen Jahre der Entscheidung 1813. Das ist die Quintessenz der Kanitzschen Ausführungen.

Von den Höhen nationaler Denkungsweise glitt die Debatte mit dem nachfolgenden Redner, dem Wortführer der Fortschrittlichen Volkspartei, Dr. Müller-Meiningen, wieder in die Niederungen gewöhnlicher parlamentarischer Reden hinunter. Wohl fiel das erlösende Wort, daß auch der Freisinn an der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und dem Ausbau des Heeres mitarbeiten wolle, aber diese prinzipielle Zustimmungserklärung wurde in ihrer Wirkung durch eine endlose Reihe von Beschwerden und Wünschen zum Heeresetat so eingeschränkt und verklausuliert, daß ein erfreulicher Eindruck nicht zurückbleiben kann. Es ist mehr als abgeschmackt, in solch wichtigem Moment dem Kriegsminister von einer Nervosität im Offizierkorps zu sprechen, durch Hinweise auf Wucherprozesse das deutsche Offizierkorps als defekt hinzustellen, über Prunksucht, Privilegienwirtschaft zu klagen, von einer Rechtlosigkeit des Volkes zu reden und Sturm zu laufen gegen die preußische Eigenart. Auch das muß als taktlos bezeichnet werden, daß der freisinnige Redner die Gerüchte von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Generalstab und dem Kriegsministerium aufwärmte und dem Kriegsminister aus seiner Haltung im Jahre 1912 und im Jahre 1913 einen Strick zu drehen suchte. Der Kriegsminister hat auf alle diese Insinuationen, Vorwürfe und Anklagen dem freisinnigen Redner die richtige Antwort gegeben und auch die freisinnige Behauptung, daß die neue Militärvorlage „provozierend" wirke, in schneidiger Weise abgetan.

Als erfreuliches Fazit der beiden Verhandlungstage bleibt also die prinzipielle Zustimmung aller bürgerlichen Parteien zur Wehrvorlage, wobei auch die Fortschrittler mit eingeschlossen seien. Möge diese Einigkeit der Parteien ein günstiges Omen für die Kommissionsberatung und das Schicksal der Wehrvorlage sein!

Vom Balkan.

Die Maßnahmen gegen Montenegro.

Aus Londoner amtlichen Kreisen erfährt das Reuter-Bureau, daß jetzt vorgeschlagen wird, binnen drei Tagen die Blockade zu beginnen, falls sich Montenegro dem Wunsche der Großmächte nicht fügt.

Konfliktsstoffe zwischen Serbien und Bulgarien.

Die Wiener „Neue Freie Presse" schreibt: „Ueber die serbisch-bulgarischen Gegensätze, von denen der russische Minister des Aeußeren Sasonow in seinen letzten Aeußerungen sprach, verlautet in Wiener diplomatischen